

Pressemitteilung Nr. 7 / 2017 vom 08. März 2017

---

## **Die Schuld den Schwächsten zuschieben - so lässt sich der Lehrer\*innenmangel nicht beheben, sagt die GEW und erneuert ihre Vorschläge**

**„Wenn das bayerische Bildungsministerium die akuten Personallücken in den Grund- und Mittelschulen nun geflüchteten Kindern in die Schuhe schieben will, dann ist das weder mit der Wahrheit noch mit der geforderten Achtung vor den Schwächsten zu vereinbaren“, sagte Anton Salzbrunn, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern heute in München zur Aussage des Ministeriumssprechers.**

Der GEW-Landesvorsitzende weiter: „Mitte Februar sind in den Schulen nicht tausende Flüchtlingskinder angekommen, sondern hunderte Lehrkräfte gingen in den Ruhestand und zahlreiche Schwangerschaftsvertretungen kamen hinzu.“ Und wenn der Ministeriumssprecher dann erkläre, deutsche Schüler sollten nicht aufgrund „zusätzlicher Belastungen durch Flüchtlingsklassen benachteiligt“ werden, dann sei das menschlich kaum zu unterbieten. Die Staatsregierung müsse endlich dem Landtag und der Öffentlichkeit exakte und zutreffende Zahlen zu den Stellenbesetzungen liefern.

Die GEW habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass nun auch der Bayerische Lehrer\*innenverband Alarm geschlagen und die **GEW-Vorschläge zur kurzfristigen Behebung der Misere** in seine Forderungen mit aufgenommen habe:

1. Aussetzen der höchst zweifelhaften externen Evaluation
2. Aussetzen des „Lotsensystems“ an Gymnasien und Realschulen

Das Ministerangebot zur befristeten Mehrarbeit könnte die Probleme eher verschlimmern, wenn überlastete Lehrkräfte durch Erkrankung ausfielen.

Eine langfristige Lösung strebt die GEW über das gleiche Eingangsgehalt A 13 und über die Ausbildung von Stufenlehrkräften an, die in mehreren Schularten einsetzbar wären.

Das Kultusministerium hat bisher zu wenige und mit zu schlechten Arbeitsbedingungen ausgestattete „Umschulungen“ für arbeitssuchende Gymnasial- und Realschullehrer\*innen in Richtung Grund- und Mittelschulen gestartet. Diese „Nachqualifizierungen“ müssen nach Überzeugung der GEW Bayern dringend verbessert und ausgebaut werden.

Info: Im Plenum des Landtags wird am Donnerstag, 9. März 2017 anlässlich eines Dringlichkeitsantrags über den Lehrer\*innen-Mangel an Grund- und Mittelschulen debattiert – voraussichtlich unter Tagesordnungspunkt 10, circa ab 13.30 Uhr.

Rückfragen und Interviewwünsche richten Sie gerne an:  
Ruth Brenner, Tel. 0172 / 96 00 30 6  
Bernhard Baudler, Tel. 089 / 54 40 81 – 21

V.i.S.d.P.: Anton Salzbrunn (Vorsitzender), Schwanthalerstr. 64, 80336 München